

FDP-Fraktion - Sitzung des Kreistags am 27. Januar 2022

Rede der FDP-Fraktion zum Haushalt 2022 des Landkreises Karlsruhe

Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Mitglieder des Kreistages, geschätzte Dezernentin, Dezernenten und Mitarbeitende der Kreisverwaltung, verehrte Gäste,

das Jahr 2021 kann man wohl uneingeschränkt als Katastrophenjahr oder als Jahr der Katastrophen bezeichnen.

Waren wir bisher der Ansicht, dass Katastrophen immer woanders stattfinden, so haben wir 2021 erkennen müssen, wie schnell und heftig es uns treffen kann. Gerade die Naturereignisse in 2 Bundesländern haben uns vor Augen geführt, dass es uns in einem für uns bisher nicht vorstellbaren Ausmaß treffen kann. Die zweite Katastrophe ist nach wie vor die Pandemie. In nahezu 2 Jahren ist es der Landesregierung und deren Gesundheitsminister nicht gelungen, mit geeigneten Maßnahmen vor die Lage zu kommen. Stattdessen Regelungswirrwarr und schlechtes Krisenmanagement. Als katastrophal können auch das Management und die „Kundenfreundlichkeit“ des KVV gesehen werden.

Das vorliegende Zahlenwerk ist von meinen Vorrednern ausführlich und fachlich tiefgreifend analysiert und umfassend kommentiert worden. Deshalb erspare ich Ihnen und mir eine vermutlich in einigen Punkten nicht zu vermeidende Wiederholung, möchte aber trotzdem zu einigen Themen Ausführungen machen.

Gemessen am Haushaltsvolumen von über 600 Mio. € - was eine Steigerung um 8,7 % bedeutet, wäre der Landkreis schon ein mittelgroßes Unternehmen, Sie Herr Landrat, wären Vorstandsvorsitzender, der Kreistag der Aufsichtsrat und die Bürgerinnen und Bürger die Aktionäre. Allerdings könnten wir Ihnen Herr Landrat und Ihrem Führungsteam nicht annähernd ein Gehalt bezahlen, wie es bei Unternehmen solcher Größenordnung üblich ist. Verdient hätten Sie es. Sollte ein anderes Unternehmen auf die Idee kommen, Sie abwerben zu wollen, müsste es sich auf hohe Transferzahlungen einstellen.

Doch nicht nur das Managergehalt unterscheidet sich sondern auch der Unternehmenszweck und die Produkte, die vom „Unternehmen“ Landkreis angeboten werden (müssen). Während ein Unternehmen

seine Angebotspalette relativ frei wählen und die Preise dafür frei gestalten kann, werden das Angebot des Landkreises und damit seine Aufgaben weitestgehend durch Gesetze, Vorschriften und Verträge bestimmt. Kann ein Unternehmen seine Preise der Marktlage anpassen, können diese vom Landkreis nicht beliebig verändert werden, da wir ja letztendlich keine Waren produzieren und verkaufen, sondern Dienstleistungen anbieten und Gesetze vollziehen bzw. daraus resultierende Rechtsansprüche erfüllen müssen. Diese werden immer umfangreicher und komplexer, ohne dass der Landkreis darauf Einfluss nehmen könnte und sind selten auskömmlich durch den Verursacher finanziert. Entstehen bei einem Unternehmen wirtschaftliche Schwierigkeiten, wird oft in erster Linie der Personalbereich Opfer von Sanierungsmaßnahmen, sei es durch Outsourcing oder Personalabbau. Beides kann der Landkreis aus naheliegenden Gründen nicht. Die stetig entgegen aller Forderungen und Beteuerungen der politisch Verantwortlichen zunehmende Bürokratisierung, immer neue Aufgaben, die überbordende Regulierungswut und die geforderte Rechtssicherheit im Verwaltungshandeln setzen zwingend eine ausreichende Personalausstattung voraus. Deshalb sehen wir die vorgestellte Personalentwicklung als notwendig an. Die Stellenreduzierung lässt darauf schließen, dass alle Bereiche hinsichtlich Personalausstattung einbezogen worden sind und Überschuss und Bedarf intern ausgeglichen werden, um eine gleichmäßige Auslastung und Belastung der Mitarbeitenden herzustellen.

Wer Bürokratie reduzieren will, muss diejenigen reduzieren, die Bürokratie erzeugen und die sitzen nicht in der Verwaltung.

Um in Sachen Digitalisierung voranzukommen, muss der komplette Workflow auf allen Ebenen und durchgängig digitalisiert werden – von Anfang bis Ende. Hier darf man einmal mehr den Landkreis durchaus als positives Beispiel sehen, da diesbezüglich viele Dienstleistungen schon digital angeboten werden. Den Gesundheitsämtern in einer äußerst fordernden Situation wie der Pandemie ständig genüsslich den als rückständig angesehenen Einsatz von Faxgeräten vorzuhalten ist unfair und entspricht bezüglich unseres Gesundheitsamtes auch nicht der Realität. Sollte dies tatsächlich der Fall gewesen sein, wären vorher andere ihren Aufgaben nicht gerecht geworden. Den Schuh müssen sich aber unser Gesundheitsamt und die Kreisverwaltung insgesamt nicht

anziehen, hat man dort doch sehr schnell auf die Situation zielgerichtet reagiert und mit einem eigenen Programm die Voraussetzungen geschaffen, um den enormen Arbeitsanfall bewältigen zu können. Dafür und für ihren Einsatz über nahezu 2 Jahre an dieser Stelle allen Beteiligten herzlichen Dank! So stellt man sich eine moderne Verwaltung vor.

Gleiches gilt für den Aufbau und den Betrieb der Kreisimpfzentren. Auch hier haben die verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in kürzester Zeit die notwendigen Voraussetzung für einen störungsfreien Betrieb geschaffen- und dies oft durch persönlichen Einsatz über die reguläre Arbeitszeit hinaus. Dies gilt besonders auch für den eingesetzten Krisenstab. Auch hier ein besonderes Dankeschön an alle Mitwirkenden!

Dass der Landkreis aus solchen Situationen lernt, zeigt auch der Haushaltsansatz für die Einrichtung und den Betrieb eines Katastrophenschutzlagers, dem wir gerne zustimmen. Wer aus einer Krise nichts lernt, gerät in die nächste Krise. Deshalb ist eine gute strategische, zielgerichtete und redundant ausgelegte Organisationsstruktur eine grundlegende Voraussetzung, um im Krisenfall – unabhängig von der Art der Krise - adäquat erfolgreich reagieren zu können. Verhindern kann man eine Katastrophe dadurch nicht, sehr wohl aber deren Folgen mildern.

Finanzen

Die einzige relativ frei zu gestaltende Einnahmequelle ist die Kreisumlage- doch auch hier gibt es Grenzen sowohl nach oben wie nach unten. Deshalb gilt es, Veränderungen mit Augenmaß und zukunftsgerichtet vorzunehmen. So sieht die FDP-Fraktion auch die vorgeschlagene Höhe der Kreisumlage mit 27,5 Prozentpunkten als angemessen an, die sowohl die Bedürfnisse des Landkreises als auch die Belange der Städte und Gemeinden angemessen berücksichtigt. Damit wird auch dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes Rechnung getragen.

Dass die Einnahmen aus der Kreisumlage in Höhe von rund 197 Mio. € nicht ausreichen, um allein die Sozialausgaben im Umfang von ca. 264 Mio. € zu finanzieren, was einem Anteil am Gesamthaushalt von 48,4 % entspricht, stimmt bedenklich, da bereits mit weiteren Gesetzen Rechtsansprüche geschaffen worden sind – Herr Landrat Sie haben es

angesprochen- , die der Kreis umsetzen muss, bei denen aber die Finanzierung und die Kostentragung noch nicht geklärt sind. Beispiel: Bundesteilhabgesetz. In der Präsentation zum HH sind allein 10 neue Gesetze aufgeführt, die Zitat „die Kommunalverwaltungen vor nahezu unlösbare Aufgaben stellen“. Da man der FDP ja gleich immer soziale Kälte unterstellt, wenn solche Fragen angesprochen werden – klare Aussage, es geht in erster Linie nicht um die Maßnahmen selbst, sondern um deren auskömmliche Finanzierung – und diese Frage darf wohl erlaubt sein. Hier muss das Konnexitätsprinzip weiter gelten, wer bestellt bezahlt. Dies vor dem Hintergrund, dass dadurch auch die Kommunen gefordert werden, da sie den Anteil Kreisumlage leisten und zusätzlich ihren eigenen Anteil erbringen müssen.

Eine weitere aber vom Kreistag nicht oder nur sehr bedingt beeinflussbare Einnahmeposition sind die Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich – für 2022 auf rund 82,5 Mio. € gestiegen - und die von Landesseite zugewiesenen Mittel für dem Kreis übertragene Aufgaben.

Es wäre durchaus angebracht, das gesamte Finanzierungskonstrukt von öffentlichen Aufgaben einer Prüfung zu unterziehen, mit dem Ziel, insbesondere die Einnahmen der kommunalen Seite zu verbessern und zu stabilisieren, um sie vor negativen Einflüssen möglichst zu schützen aber auch die Ausgaben kritisch zu hinterfragen.

Mit dem HH-Plan entscheiden wir darüber, wie gut oder auch nicht die Finanzausstattung wird bzw. wie viele HH-Mittel der Kreistag zur Verfügung stellen will, kann oder muss, damit der Kreis die Aufgaben erfüllen kann.

Verschuldung

Erfreulich sehen wir die Senkung der Verschuldung auf ca. 72,6 Mio.€, die allerdings nach der Planung im Jahr 2025 auf 133,3 Mio. € steigen wird. Die jährlichen Belastungen durch das Verwaltungsgebäude sind hier eingepreist. Die **Investitionen** sind mit ca. 48 Mio. € veranschlagt. Hier schlagen insbesondere die Baumaßnahmen Verwaltungsgebäude, Schulen und Betriebshöfe zu Buche.

Weitere Ausführungen zum Verwaltungsgebäude unter TOP 11 und zum ÖPNV unter TOP 13 (**siehe Anlagen**).

Wirtschaftsplan Abfallwirtschaftsbetrieb und Gesellschaft für Biomüll und Recycling BRLK

Mit der Einführung der Biotonne wurde das Angebot des AWB und der BRLK um eine weitere Komponente ergänzt. Die ersten Ergebnisse sind durchaus zufriedenstellend, aber auf Grund der bisher kurzen Laufzeit nicht dauerhaft aussagekräftig. Deshalb sehen wir der zugesagten Evaluierung entgegen. Schwierig zu lösen sein dürfte die Schaffung neuer Deponiekapazitäten. Die zu diesem Zweck vorgesehene Arbeitsgruppe sehen wir hier als sehr hilfreich an und beteiligen uns gerne. Sehr unbefriedigend ja geradezu ärgerlich sind derzeit die Leistungen des DUALEN Systems Deutschland und des von diesem beauftragten Entsorgungsunternehmens. In vielen Städten und Gemeinden wird Klage über unhaltbare Zustände bei der Leerung der Glascontainer geführt. Hier sind dringend Verbesserungen notwendig. Weder die Kommunen noch der Landkreis sind originär dafür zuständig. Den Kunden ist dies aber oft nicht bewusst und so sieht man die Verantwortung dafür eben beim Kreisunternehmen AWB. Es wäre aus unserer Sicht deshalb dringend notwendig, das gesamte Abfallwirtschaftsgeschehen mit allen Abfallarten, das alle Verfahren vom Einsammeln bis zur Verwertung umfasst, einer kritischen Prüfung zu unterziehen mit dem Ziel, für die Bürgerinnen und Bürger ein transparentes, kostengünstiges und im Sinne einer geordneten Kreislaufwirtschaft funktionierendes System zu etablieren. Dies wird man aber nur erreichen, wenn die Politik dies ernsthaft angeht.

Dies alles muss Sie lieber Herr Bartel nicht mehr sonderlich berühren, da Sie ja im Laufe des Jahres in ihren wohlverdienten Wohlstand – wie es ein Politiker bei einer Verabschiedung mal versehentlich ausgedrückt hat- treten werden. Es steht mir nicht zu, heute hier Worte des Abschieds zu sprechen, Worte des Dankes aber schon. Deshalb zusammengefasst vielen Dank für ihre Leistungen in der zurückliegenden Zeit in dem nicht immer einfachen Metier der Abfallwirtschaft und alles Gute für den kommenden Lebensabschnitt!

Jugendeinrichtung Schloss Stutensee

Bedauerlich ist, dass man eine solche Einrichtung braucht, erfreulich ist, dass es sie gibt, da man sie braucht. Welch´ hilfreiche Arbeit dort im Sinne von Prävention geleistet wird, davon konnten sich die Mitglieder

des Kreistages bei entsprechenden Anlässen überzeugen. Wir freuen uns auch, dass der Neubau des Heinrich - Wetzlar –Hauses sich gut entwickelt und danken Herrn Brand und seinem Team für ihr Engagement bei der Betreuung der ihnen anvertrauten Jugendlichen. Deshalb befürworten wir auch hier die Finanzplanung.

Breitbandkabel BLK

„wir sind klein, bunt und schnell“

So war es in einem Pressespiegel zu lesen und hat sich auf das Glasfaserkabel bezogen. In etwas abgewandelter Form - der Landkreis ist groß, vielfältig und oft der Zeit voraus, was sich gerade auch durch die Gründung der BLK gezeigt hat. Der Landkreis sollte auch hier weiter am Ball bleiben. Die notwendigen Finanzmittel sehen wir als gut investiert an. Gerade die Versorgung der Unternehmen und Betriebe mit einem leistungsfähigen Netz ist existentiell und deshalb dringend notwendig, hat deren Leistungsfähigkeit und wirtschaftlicher Erfolg auch Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Dass bei Erfüllung der Voraussetzungen nun auch eine Förderung des Bundes für die sog. „Grauen Flecken“ erfolgen kann, wird den Glasfaserausbau im Landkreis weiter voranbringen. Dass es nun dazu gekommen ist, führen wir auch auf die entsprechenden Aktivitäten der kommunalen Seite – sprich des Landkreises – zurück.

Doch nicht nur für die in diesem Zusammenhang häufig genannten Bereiche ist ein leistungsfähiges Netz von Bedeutung. Gerade auch die Telearbeit mit Arbeitsplätzen zu Hause hat zugenommen besonders in der Pandemie.

Je mehr die Digitalisierung in unseren Alltag Einzug hält und diesen beeinflusst umso wichtiger ist eine Anbindung aller auch der älteren Menschen in unserem Land. Dies gerade auch in der Lebensphase, in der erfahrungsgemäß die Mobilität etwas nachlässt und somit auch die sozialen Kontakte weniger werden. Hier kann eine Netzanbindung auch Lebensqualität bedeuten und vor Vereinsamung schützen. Aus diesen Gründen gehört eine flächendeckende Versorgung mit einem leistungsfähigen Anschluss bis ins Haus zur Daseinsvorsorge.

Kommunalanstalt Wohnraum

Der „Unternehmenszweck“ ist hinlänglich bekannt. Bei der Festlegung der Landesregierung bezüglich der künftig vom Landkreis vorzuhaltenden Aufnahmekapazitäten sind wir allerdings skeptisch. Gerade vor dem Hintergrund der weltweit angespannten Lage ist es nicht auszuschließen, dass der Zustrom an Flüchtlingen wieder deutlich zunehmen wird, was auch die aktuellen Zahlen vermuten lassen. Dann werden auch größere Kapazitäten benötigt, die aber nicht über Nacht herzustellen sein werden. Hier sollte die Landesregierung aus der Flüchtlingskrise und der Pandemiebekämpfung eigentlich gelernt haben.

Bequa

Auch die Aufgaben dieses Unternehmensbereichs – um bei der Terminologie zu bleiben- ist bekannt. Dass die Erträge leicht hinter den Aufwendungen zurückbleiben und das dadurch eintretende Jahresminus sind nach unserer Auffassung verkraftbar. Aus den angestrebten Kooperationen mit dem AWB und der Jugendeinrichtung Schloss Stutensee versprechen wir uns durchaus Synergieeffekte für alle beteiligten Bereiche ebenso aus der Erschließung neuer Geschäftsfelder.

Herrn Max als Geschäftsführer und den Beschäftigten danken wir für ihre Arbeit, die durch Corona nicht gerade leichter geworden ist und wünschen viel Erfolg!

Pandemie:

Sehr geehrter Herr Landrat, Sie haben bei der Einbringung des HH-Entwurfs die Situation ausführlich beschrieben- auch die Belastungen für die Kreisverwaltung und besonders für das Gesundheitsamt. Ihrem Dank an alle Beteiligten schließen wir uns gerne an.

Die FDP-Fraktion erwartet, dass das Land auch hier die anfallenden Kosten in vollem Umfang übernimmt, zumal der Landkreis für diese Aufgabe nicht zuständig ist – sie aber trotzdem übernehmen musste. Wer über 20 Mio. € für eine äußerst fragwürdige Werbekampagne ausgibt, kann die Schließung der für einen umfassenden Gesundheitsschutz der Bevölkerung immens wichtigen Impfzentren nicht mit zu hohen Kosten begründen –wenn dann z.B. mit zu geringer

Auslastung. Zumindest ein Impfzentrum im Landkreis hätte man vorsorglich bestehen lassen können, bis endgültig abzusehen gewesen wäre, wie sich das Impfgeschehen durch weitere Impfangebote entwickelt. Eine vorübergehende Schließung hätte gereicht und bei Bedarf ein zeitnahes Wiederhochfahren ermöglicht. Der von der Landesregierung angeordnete sofortige Rückbau der bestehenden und eingespielten Infrastruktur auf null hat dies verhindert. Dies insbesondere vor dem Hintergrund der stark propagierten „Booster“- Impfung. Die jetzt aus der Not ins Leben gerufenen regionalen Impfstützpunkte sind nichts anderes als Impfzentren „au miniature“. Der einzige Vorteil ist die dezentrale Struktur mit der Verteilung über den Landkreis und damit kürzeren Wegen für die Impfwilligen. Allerdings mussten hier auch wieder die Kommunen mit eingreifen – wie auch bei den landauf landab stattfindenden Impfaktionen vor Ort. Dafür an dieser Stelle allen Akteuren vielen Dank!

Soziales

Schule und Bildung

Seit Jahren verbessert der Landkreis permanent das Schulsystem, indem er seine Schulen – Gebäude wie auch das Bildungsangebot- durch bauliche Maßnahmen, neue Bildungsgänge und Erneuerung der technischen Ausstattung optimiert und dem Bedarf zukunftsgerichtet anpasst. Insoweit sind diese Investitionen Investitionen in die Zukunft sowohl unserer Kinder und Jugendlichen als auch des Handwerks und der Wirtschaft. Besonders mit den Maßnahmen in den sonderpädagogischen Einrichtungen wird den Menschen dort eine Perspektive angeboten. Daneben stellen gerade die beruflichen Schulen allen Schülerinnen und Schülern entsprechend ihrem Leistungsvermögen ein breites Angebot zur Verfügung.

Die Investitionen gerade in die berufliche Ausbildung- insbesondere in die handwerkliche – sind auch ein Beitrag zum Klimaschutz und auch eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Wer sonst als das Handwerk soll denn die hochtrabenden Vorgaben in die Praxis umsetzen, wenn dafür die Fachkräfte fehlen. Deshalb unterstützen wir mit der Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel sowohl die baulichen Maßnahmen an den Schulstandorten als auch deren sachliche Ausstattung.

Abschließend:

Die FDP-Fraktion stimmt den Beschlussvorschlägen auch auf Grund der oft einstimmigen Beschlussempfehlungen aus den Vorberatungen für die Tagesordnungspunkte 2-8 zu. Dies gilt auch für die zu TOP 2 eingegangenen Anträgen der Ambulanten Hospizgruppe und der BIOS Opferschutz sowie zur Substitutionsversorgung im nördlichen Landkreis in der jeweils vorgesehenen Höhe.

Abschließend bedanke ich mich im Namen der Fraktion bei Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat und ihrer Dezernentin und ihren Dezernenten für die sehr umsichtige und zielgerichtete Führung des Landkreises.

Ebenso geht unser Dank an alle Beschäftigten des Landkreises für die gerade unter erschwerten Corona-Bedingungen geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr –wo immer sie diese erbracht haben.

Dank Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für das kollegiale Miteinander- trotz in der Sache unterschiedlichen politischen und fachlichen Auffassungen.

Mit einem Zitat möchte ich meine Ausführungen beenden

„ alle Menschen sind klug, manche vorher – manche nachher“.

Lassen Sie uns alle vorher klug sein, damit wir die künftigen Herausforderungen- welcher Art sie auch sein mögen- bewältigen können und möglichst immer die richtigen Entscheidungen zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger unseres schönen und liebenswerten Landkreise Karlsruhe treffen mögen!

Vielen Dank, dass Sie auch einem Fraktionsvorsitzenden einer kleinen Partei ihre geschätzte Aufmerksamkeit haben zuteilwerden lassen.

In diesem Sinne auf ein gutes Jahr 2022 und gehen Sie Corona aus dem Weg!

Es gilt das gesprochene Wort!

27.01.2022

Willy Nees

FDP-Fraktion

Kreistag Landkreis Karlsruhe

FDP-Fraktion - Sitzung des Kreistags am 27. Januar 2022

TOP 11 Dienstgebäude /Hochhaus

Wer im Wettbewerb um die besten Kräfte erfolgreich sein will, muss mehr als nur Geld bieten. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eine adäquate „Konzernzentrale“ – sprich Verwaltungsgebäude, das den künftigen Ansprüchen an eine moderne und zukunftsfähige Verwaltung entspricht. Ein ausreichendes Raumangebot, modernste technische Infrastruktur, sog. weiche Faktoren wie eine Kinderbetreuungs-einrichtung und flexible Arbeitszeiten (Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf), Einrichtungen für das soziale Miteinander (Betriebsrestaurant Begegnungsstätten etc.), medizinische Betreuung und umweltgerechtes Mobilitätsangebot gehören ebenso dazu.

Deshalb finden wir es richtig und zukunftsweisend, dies auch beim Neubau des Verwaltungsgebäudes zu berücksichtigen. Die gegenüber der ersten Kostenschätzung – die sich lediglich auf einen Vergleich Sanierung/Neubau bezogen hat- nun gestiegenen Kosten tragen auch den beschriebenen Faktoren Rechnung. Die Planungen und auch der Projektumfang wurden geändert und zusätzliche Maßnahmen sind eingeflossen bzw. geplant, wie aus der Vorlage zu diesem TOP ersichtlich ist. Auch die darin skizzierten Überlegungen sehen wir als zukunftsgerichtet an, können sie die Akzeptanz und das Gebäude an sich deutlich aufwerten. Allerdings muss auch die Frage beantwortet und letztendlich entschieden werden, ob der Kreistag sich das leisten will oder kann. Mehr kostet eben logischerweise auch mehr. Allerdings hilft es dem Projekt nicht, wenn ständig neue nicht belegte Zahlen in den Raum gestellt werden. Unabhängig vom Umfang der Maßnahmen spielt bei der Umsetzung gerade die Wirtschaftlichkeit – nicht zu verwechseln mit billig bauen - eine besondere Rolle. Hier kommt einer zielgerichteten Projektsteuerung und Projektüberwachung eine hohe Bedeutung zu. So sehen wir auch die Einsetzung des Begleitgremiums von Beginn an als sehr nützlich und hilfreich an, konnten dort doch solide Grundlagen für die weiteren Verfahrensschritte geschaffen werden. Dass die Stadt sich nun bewegt und damit Möglichkeiten für eine gute Entwicklung eröffnet- an dieser exponierten Stelle vielleicht sogar ein Leuchtturmprojekt schaffen zu können, ist erfreulich.

FDP-Fraktion

FDP-Fraktion - Sitzung des Kreistags am 27. Januar 2022

TOP 13 ÖPNV

Der ÖPNV ist uns lieb und teuer. Zur Zeit auf Grund gewisser Entscheidungen wie z.B. Fahrpreiserhöhung und Zuverlässigkeit aber wenig beliebt – vor allen Dingen aber teuer. Und nach den Prognosen soll er noch teurer werden bis zu 40 Mio. jährlich. Die vom Management des KVV getroffenen Maßnahmen sind nicht gerade geeignet, verlorene Fahrgäste wieder zurück- und neue hinzu zu gewinnen. Selbst treue Kunden überlegen sich, ob das Angebot des KVV für sie weiterhin akzeptabel ist. Deshalb wäre hier ein Überdenken durchaus angesagt. So sinnvoll und notwendig manche Maßnahmen im Sinne Klimaschutz und Verkehrswende ja sein mögen, darf man trotzdem die Machbarkeit nicht außer Acht lassen. Dazu gehören sowohl die Finanzierbarkeit als auch die Realisierungszeiträume. Die Vorstellungen der grün-schwarzen Landesregierung zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, zur Verbesserung der Infrastruktur und des Angebots im ländlichen Raum besonders aber zu deren Finanzierung und Umsetzung sind nach unserer Auffassung teilweise realitätsfern und nicht zielführend. Ungeklärte Rechtsfragen, Eingriffe in andere Hoheitsrechte und Zuständigkeiten, Finanzierung nur anteilig, keine Beteiligung der kommunalen Seite etc, - die Politik des Überhörtwerdens lässt grüßen. Kann man dem verbilligten Jugendticket noch etwas Positives abgewinnen, fällt dies beim Mobilitätspass und der Mobilitätsgarantie deutlich schwerer. Der Absicht, bei der Umsetzung wieder die Kommunen zu belasten, muss entgegengewirkt werden, ebenso einer Sonderabgabe. Soll es hier wirklich zu sinnvollen Lösungen kommen, muss dringend nachgebessert werden. Die Teilnahme des Landkreises am Pilotprojekt begrüßen wir und erhoffen uns Erkenntnisse, die im Interesse aller Beteiligten zu brauchbaren und realistisch umsetzbaren Ergebnissen führen.

FDP-Fraktion